



Pressemitteilung

Luxemburg, 2. Februar 2023

EU-Prüfer hinterfragen die Kohäsionspolitik als Instrument der Krisenbewältigung

- ***Ungenutzte Mittel der EU-Regionalpolitik wurden über flexiblere Regeln verfügbar gemacht.***
- ***Über die Kohäsionsgelder hinaus wurden weitere 50,4 Milliarden Euro bereitgestellt.***
- ***Die Nutzung der Kohäsionspolitik zur Krisenbewältigung kann sie von ihrem strategischen Hauptziel abbringen.***

Die EU hat ihre Vorschriften rasch angepasst, um den Mitgliedstaaten beim Einsatz von Kohäsionsgeldern zur Bewältigung der Corona-Pandemie größere Flexibilität zu ermöglichen. Dies geht aus einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs hervor. Auch frisches Geld in erheblichem Umfang sei zur Finanzierung zusätzlicher Investitionen bereitgestellt worden. Gleichzeitig habe dies aber den Druck erhöht, die EU-Mittel schnell und zielgerichtet auszugeben. Die wiederholte Nutzung der Kohäsionspolitik zur Krisenbewältigung könnte den Prüfern zufolge auch deren vorrangiges strategisches Ziel – die Verringerung der Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen – verwässern.

Seit Anfang 2020 hat die EU ein breites Spektrum an Maßnahmen ergriffen, um die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu bewältigen. Dabei spielte auch die Kohäsionspolitik eine Rolle: In drei rasch aufeinanderfolgenden Schritten wurden die Vorschriften für den Planungszeitraum 2014–2020 geändert. Weniger als zwei Monate nach Ausbruch der Pandemie in Europa verabschiedete die EU Rechtstexte zur Mobilisierung nicht genutzter Gelder im Rahmen der "Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise" (CRII) und der "Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Coronavirus-Krise" (CRII+). Innerhalb von weniger als einem Jahr brachte sie zudem die "Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas" (REACT-EU) auf den Weg, die als kurz- und mittelfristiges Instrument für die Krisenbewältigung dienen soll.

"Die Maßnahmen der EU erleichterten die Verwendung von Kohäsionsmitteln, um den Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der durch Corona ausgelösten wirtschaftlichen Notlage zu helfen. Womit zwangsläufig auch das Risiko stieg, dass sich bereits bestehende

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs. Bericht im Volltext unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditors eca.europa.eu

Herausforderungen weiter verschärfen", so Iliana Ivanova, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Ganz grundsätzlich müssen wir uns noch sehr sorgfältig anschauen, ob die EU-Kohäsionspolitik das richtige Haushaltsinstrument für die Reaktion auf Krisen ist."

Mit beiden Initiativen zur Bewältigung der Corona-Krise seien Vorschriften für die Kohäsionspolitik gezielt angepasst worden, was für Liquidität, Flexibilität und Vereinfachung gesorgt habe. Weitere 50,4 Milliarden Euro seien über das REACT-EU-Instrument bereitgestellt worden (allein die Hälfte davon für Spanien und Italien). Diese Mittel müssten in sehr kurzer Zeit (bis Ende 2023) ausgegeben werden, wobei die EU-Länder einen großen Ermessensspielraum besäßen. Die Folge: Mit REACT-EU sei praktisch eine "Brückenfinanzierung" zwischen 2021 und 2023 bereitgestellt worden, wodurch die Kohäsionsprogramme des Zeitraums 2021–2027 nur mit erheblicher Verzögerung angelaufen seien. REACT-EU verschärfe nicht nur die üblichen Schwierigkeiten bei der Verwendung der EU-Gelder, sondern könne den Prüfern zufolge auch dazu führen, dass die verfügbaren Mittel vor Ablauf des Förderzeitraums überstürzt ausgegeben werden. Darunter drohe der effiziente Einsatz der Gelder zu leiden.

Die flexibleren Vorschriften hätten erhebliche Mittelbewegungen zur Folge gehabt; so seien bis 31. Dezember 2021 nicht weniger als 35 Milliarden Euro umgeschichtet worden. Die Prüfer stellten fest, dass Gelder zwischen Investitionsbereichen verschoben wurden, vor allem hin zum Gesundheitswesen (+80 %) und zur Unternehmensförderung (+16 %) und weg von den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologien, Energie und Umwelt, Inklusion, Forschung und Innovation. Auch stärker entwickelte sowie die sogenannten Übergangsregionen hätten mehr Finanzmittel erhalten (+1,8 Milliarden Euro). Die Prüfer weisen außerdem darauf hin, dass insgesamt 25 % der REACT-EU-Gelder dem Klimaschutz zufließen sollten, dieses Ziel wahrscheinlich aber nicht erreicht werden kann.

Die Kohäsionspolitik sei bereits häufig genutzt worden, um kurzfristig auf Krisen zu reagieren, und einige der dazu eingeführten Änderungen seien inzwischen zum festen Bestandteil geworden. Die langfristigen Auswirkungen dieser Praxis seien jedoch noch nicht formal bewertet worden, so die Prüfer. Durch die neuen, deutlich flexibleren Vorschriften für die Kohäsionspolitik des Zeitraums 2021–2027 könnten Fördergelder leichter für die Bewältigung unerwarteter Ereignisse eingesetzt werden. Unterm Strich besteht den Prüfern zufolge das Risiko, dass der regelmäßige Rückgriff auf die Kohäsionspolitik zur Bewältigung von Krisen das vorrangige strategische Ziel dieses Politikbereichs – die Verringerung der Unterschiede zwischen den europäischen Regionen – aus dem Blick geraten lässt.

Hintergrundinformationen

Die Kohäsionspolitik ist mit einem Budget von 355 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014–2020 einer der größten Politikbereiche des EU-Haushalts. Ihr Hauptziel besteht darin, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zwischen den Regionen zu stärken.

Der Sonderbericht 02/2023 "Anpassung der Vorschriften für die Kohäsionspolitik zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie: Mittel flexibler eingesetzt, doch Nutzung der Kohäsionspolitik als Instrument zur Krisenbewältigung muss überdacht werden" ist auf der [Website des Europäischen Rechnungshofs](#) abrufbar.

Dieser Prüfung vorausgegangen sind Stellungnahmen zu [CRII+](#) und zu [REACT-EU](#) sowie eine Analyse zu den [Risiken, Herausforderungen und Chancen der wirtschaftspolitischen Reaktion der EU auf die COVID-19-Krise](#). Zwei weitere Veröffentlichungen neueren Datums sind ebenfalls

eingeflossen: der Sonderbericht über [leistungsbasierte Finanzierung in der Kohäsionspolitik](#) sowie die vergleichende Analyse der [EU-Finanzierung im Rahmen der Kohäsionspolitik und der Aufbau- und Resilienzfähigkeit](#).

Pressekontakt

Pressestelle des Europäischen Rechnungshofs: press@eca.europa.eu

- Vincent Bourgeois: vincent.bourgeois@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 691 551 502
- Damijan Fišer: damijan.fiser@eca.europa.eu – Mobil: (+ 352) 621 552 224
- Claudia Spiti: claudia.spiti@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 691 553 547